

Aufderheide, Detlef/Dabrowski, Martin (Hrsg.): *Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven für den Pflegesektor = Volkswirtschaftliche Schriften 551*, Münster: Duncker & Humblot 2007, 290 S., ISBN 978-3-428-122028

Wer pflegebedürftig ist und professionelle Hilfe in Anspruch nimmt, verbindet mit dieser Dienstleistung andere Anforderungen und Erwartungen als etwa beim Abschluss einer Kfz-Versicherung. Was aber unterscheidet eine personenbezogene soziale Dienstleistung von anderen Transaktionen, die wir tagtäglich über die Strukturen von Markt und Wettbewerb abwickeln? Ist die Wettbewerbswirtschaft überhaupt der richtige Mechanismus zur effizienten Steuerung solcher Dienstleistungen? Die vorliegende Veröffentlichung, welche die Beiträge einer interdisziplinären Tagung vom Dezember 2005 in Münster zusammenfasst, nimmt sich dieser Fragen an. In zahlreichen Hauptbeiträgen und Korreferaten treffen Theologen, Ökonomen, Juristen, Philosophen und Sozialwissenschaftler aufeinander, so dass schon die Bandbreite der Perspektiven das Interesse des Lesers / der Leserin zu wecken vermag. Der Inhalt löst diese Erwartung in jeder Hinsicht ein. Hervorgehoben wird beinahe durchgängig der im Vergleich zu herkömmlichen Gütermärkten besondere Charakter personenbezogener sozialer Dienstleistungen (z. B. Schramm 18f, Wiemeyer 143f, Eurich 151, Sauerland 171, Sundmacher 206f, Gabriel 225f). Festgestellt wird, dass es sich weitgehend um koproduktive Vertrauens- und Erfahrungsgüter handelt, welche zu Informationsasymmetrien und Prinzipal-Agent-Problemen neigen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses spezifischen Charakters will keiner der Autoren / Autorinnen die Sozialwirtschaft uneingeschränkt den Wettbewerbskräften überlassen. Unbestritten ist also die Notwendigkeit von Regeln, wie sie bereits im ersten Beitrag



von Michael Schramm pointiert eingefordert werden (29).

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es zur grundsätzlichen Reichweite wettbewerblicher Steuerung und damit zusammenhängend zu Art und Umfang entsprechender Regeln. Bernhard Emunds plädiert für mehr Differenzierung. So seien die Ebenen der Steuerungen zu unterscheiden; das erfordere eine eingehende Analyse der Träger- und Organisationsstrukturen (48f). Auch seien soziale Dienstleistungen zu unterschiedlich, als dass für alle Bereiche gleiche Wettbewerbsbedingungen gelten könnten (50). Grundsätzlich müsse in der fokalen Diskussion das jeweils zugrunde liegende normative Menschen- und Gesellschaftsbild in die Waagschale geworfen werden (45f). Nils Goldschmidt entwirft in seinem Beitrag Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Mit dem Ziel der Inklusion des Einzelnen in die Gesellschaft und das ökonomische System – im Gegensatz zu einer rein materiellen Fürsorge – ergreift er Partei für eine Sozialpolitik mit dem Markt als integrativer Veranstaltung (66). Gerechtigkeit sei an Stelle der Moral normatives Postulat einer aufgeklärten sozialetischen Perspektive. In der Forderung nach Gerechtigkeit liege der Vermittlungsprozess zwischen den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik (74). Es bleibt jedoch einigermaßen unklar, welche Definitionen von Gerechtigkeit und Moral Goldschmidt hier eigentlich vorschweben, was Anne van Aaken zu Recht in ihrem Korreferat bemerkt (87).

Frank Nullmeier kann in den Wohlfahrtsmärkten trotz aller „Marktrhetorik“ keine reinen Märkte erkennen. Vielmehr seien sie asymmetrisch, was die Konkurrenzsituation angehe, staatlich konstruiert, und sie wiesen zudem keine hinreichend finanzkräftige private Nachfrage auf (97, 101). Auch im Hinblick auf den



europäischen Kontext habe eine staatliche Regulation die Aufgabe, Wohlfahrtsmärkte symmetrisch zur Entfaltung zu bringen, Unternehmen Expansionschancen zu bieten und Finanzierungssysteme zu organisieren, die auf universellen sozialen Rechten beruhen, welche etwa über Voucher eingelöst werden könnten (104f). Gleichwohl wird eine gewisse Regulierungsfunktion des Staates, etwa im Bereich der Niveausicherung, nicht aufgegeben (107). Andreas Lob-Hüdepol vermisst in diesem Konstrukt u. a. die vermittelnde Funktion intermediärer, gemeinwohlorientierter und partizipatorisch strukturierter Non-Profit-Organisationen, denen im Wohlfahrtsmix aus marktlich operierenden Unternehmen, dem Staat und den Familiennetzwerken in der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion eine „unaufgebare vermittelnde Funktion“ zukomme (113). Für Christoph Lütge hingegen geht Nullmeier nicht weit genug. Lütge setzt auf die (moralischen) Vorzüge des verstärkten Wettbewerbs bei gleichzeitiger Abkopplung lohnbezogener Finanzierungswege. Dies diene letztlich der Ge-

rechtigkeit (124). Allerdings bleibt auch bei ihm unklar, welcher Gerechtigkeit hier eigentlich gedient wird. Mit dem Verweis auf die Besonderheiten sozialer Dienstleistungen hält Joachim Wiemeyer eine Verständigung über die normativen Ziele der Gesellschaft in Bezug auf die Sozialwirtschaft für erforderlich. Dabei sei sowohl das Zielsystem als auch die Zielhierarchie immer wieder neu zu analysieren (131). Den pauschalen Ruf nach mehr Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft hält er, weil nicht ausreichend differenzierend, für verfehlt (138).

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Dirk Sauerland. Unterfüttert mit überaus interessanten empirischen Daten zur Entwicklung des Pflegesektors nimmt er Finanzierungs-, Träger- und Beschäftigungsentwicklungen in den Blick. So erfährt man zum Beispiel, dass der Anteil stationärer Pflege bis 2040 voraussichtlich um 188 Prozent ansteigt (187). Nicht zuletzt deshalb sei ein intensives Augenmerk auf die Beschäftigungseffekte angesichts künftiger Entwicklungen im Pflegesektor zu richten. Hier könne schon bald ein Fachkräftemangel einsetzen, der vor allem durch niedrige Löhne und unattraktive Arbeitszeiten verursacht, zu einer Gefährdung flächendeckender Versorgung mit qualitativ hochwertigen und zugleich präferenzgemäßen Pflegeleistungen führe (190).

Durchaus berechnete Anfragen werden auch von Tobias Jakobi gestellt. Wenn Wettbewerb in erster Linie zu Kostensenkungen führe, so sei schnell der Abbau von Pflegepersonal im Visier. Gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Zeitkontingente in der Pflege seien aber nicht nur im Interesse der Nutzer. Für die Pflegenden gehe es um den Erhalt der meist hohen intrinsischen Motivation und des Qualitätsbewusstseins. Qualitativ hochwertige Pflege gehe nicht ohne oder gegen ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal. Zuspitzend stellt Jakobi die provozierende These in den Raum, dass man den Eindruck gewinnen könne, der Qualitätswettbewerb

werde als reine Legitimationsfigur hergenommen, die vom eigentlichen Kostenwettbewerb und seinen fatalen Folgen in der Pflege ablenken soll (201f). Ähnliche Bedenken treiben auch Karl Gabriel um. Da Zeitersparnis ein wesentliches Merkmal wettbewerblicher Produktionsweise sei, könne schnell der Anspruch leiden, Pflege als interpersonales Beziehungsgeschehen mit der Prämisse des „Zeithabens“ zu organisieren (226). Angemessen für eine personenbezogene Dienstleistung im Pflegesektor sei, neben Administration, Markt und Profession, auch Solidarität. Hier hätten gerade die Wohlfahrtsverbände eine wichtige Kernfunktion, Ressourcen solidarischer Steuerung zu erschließen und als Intermediäre zwischen Staat, Markt und Familie zu vermitteln (230). In einer entscheidungstheoretischen Rekonstruktion von Pflegesituationen kommt Andrea Clausen zur ernüchternden Schlussfolgerung, eine wettbewerbliche Steuerung über den Preis zerstöre die Kooperationsbereitschaft. Kooperation in der Pflege erfordere Handeln aus Solidarität (242). Im letzten Hauptbeitrag setzt sich Georg Cremer dafür ein, am bestehenden sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis festzuhalten, welches die staatliche Verantwortung für die Erbringung sozialer Dienstleistungen mit einem pluralen Angebot von Dienstleistungserbringern und dem Wahlrecht der Nutzer verbinde (250).

Insgesamt trifft der Leser/die Leserin auf eine Vielfalt differenzierter Argumente zur Positionierung auf dem Kontinuum zwischen mehr oder weniger Markt und Wettbewerb. Die langfristigen Folgen wettbewerblicher Steuerung im sozialen Dienstleistungssektor sind nicht eindeutig prognostizierbar, ebenso wenig wie die Auswirkungen zukünftiger europäischer Regelungen. Signale für potentielle Fehlentwicklungen sind deshalb stets im Auge zu behalten. Der in einigen Beiträgen (z.B. Schramm 27, Wiemeyer 142) angesprochene Wettbewerbsvorteil kirchennaher Anbieter durch religiös motiviertes Personal, Ehrenamtsressourcen und zusätz-

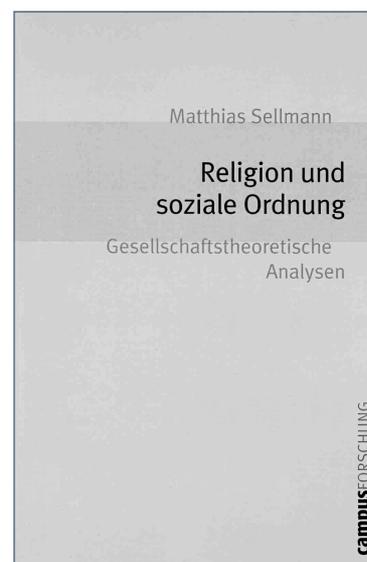
liche Kirchensteuermittel, Spenden oder Stiftungen scheint allerdings in zukünftigen Zeiten leerer Kirchenkassen und weg brechender konfessioneller Milieus eher ein Teil des Problems als dessen Lösung zu werden.

Udo Lehmann

## Religion und soziale Ordnung

Matthias Sellmann: *Religion und soziale Ordnung. Gesellschaftstheoretische Analysen* (Campus Forschung 917), Frankfurt/New York: Campus 2007. 496. S., ISBN 978-3-593-38367-5

Gegen alle Erwartungen einer religionslosen Zukunft hat Jürgen Habermas seit 2001 immer wieder den Befund einer „postsäkularen“ Gesellschaft gesetzt und damit zugleich allen undialektischen Thesen von einer „Wiederkehr“ der Religion widersprochen. Worauf sich säkulare und religiöse Bürger moderner Gesellschaften einstellen müssen, ist das Fortbestehen religiöser Gemeinschaften in einer sich gleichwohl fortwährend säkularisierenden Umgebung. Habermas schränkt diesen Fortbestand nicht auf folkloristische Bestände ein, sondern hält ihn auch für politisch und sozial-ethisch belangvoll. Denn angesichts der





Dialektik der Aufklärung und der Ambivalenz zahlreicher Entmythologisierung- und Säkularisierungswellen können religiöse Sinnsysteme eine wichtige „vopolitische“ Ressource eines liberalen Gemeinwesens bilden. Allerdings ist diese These empirisch nur schwer abzusichern. Religion wird in den weitgehend säkularisierten Gesellschaften West- und Mitteleuropas vor allem in ihrer lebenspraktischen Bedeutung für die Individuen nachgefragt. Je unübersichtlicher und unvertrauter eine von ständigen Innovationen geprägte Gesellschaft wird, umso notwendiger werden offenkundig kulturelle Widerlager, die Identitätsvergewisserung und Biographiekohärenz ermöglichen. Wo ihr aber die Rückkehr in die politische und mediale Öffentlichkeit gelingt, wird Religion meist ein Medium des Kampfes um öffentliche Anerkennung bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie etwa die muslimischen Bemühungen um die Errichtung repräsentativer Moscheebauten in deutschen Großstädten belegen. Andere Vorboten für neue Herausforderungen einer „postsäkularen Religionspolitik“ in liberalen Demokratien sind mit den Stichworten Kopftuchstreit, Kreationismusdebatte oder Eindämmung gewaltbereiter Fundamentalismen zu assoziieren. Wie M. Sellmann in seiner Münsteraner Dissertation eindrücklich zeigt, ist das Erstarken religiöser Traditionen höchst ambivalent. Es kann sowohl Ressource als auch Risiko für Erhalt und Bestand eines demokratischen Gemeinwesens bedeuten. Darum lauten die Leitfragen seiner Studie: „Gegen welche Implikationen öffentlicher religiöser Geltung muss der säkulare Staat sich verwahren, welche Implikationen kann er als produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Fortentwicklung begrüßen? Gemäß welchen Problemen gesellschaftlicher Ordnung muss Religion in ihre Schranken verwiesen oder gerade entschränkt werden?“ (17). Zur Beantwortung der Frage schlägt Sellmann einen weiten Bogen. Nach einer Sondierung der jüngsten religionssoziologischen Diskussion über postreligiöse und/oder postsäkulare Konstellationen

in modernen Gesellschaften (19–34) und einer von J. Casanova abgeleiteten sozialtheoretischen Heuristik zum Begriff einer „öffentlichen Religion (35–47) wird die Frage erörtert, inwieweit Religion überhaupt (noch) auf „soziale Ordnung“ bzw. soziale Integration beziehbar ist. Dabei blickt Sellmann zunächst auf religionsimmanente Ordnungsfiguren, die in der Regel aus der Orientierung an einer „letzten“, weltumfassenden Wirklichkeit weltimmanente Orientierungen ableiten. Fraglich ist jedoch, ob und inwieweit derart religiös grundierte Leitbilder sozialen Miteinanders mit rational fundierten Prinzipien sozialer Ordnung vermittelt werden können (47–71). Um zu operationalisierbaren Antworten zu kommen, beschreitet Sellmann den Weg in die Geschichte soziologischer Theoriebildung. Anhand des Paradigmas „Teil-Ganzes“ wird zunächst ein Suchbegriff sozialer Ordnung bzw. sozialer Integration konfiguriert (73–96). Danach werden mit Hobbes, Simmel und Durkheim drei ordnungstheoretisch inspirierte Denker zur Frage nach den möglichen Ordnungsleistungen öffentlicher Religion konsultiert. In diesen Abschnitten bietet Sellmann auf der Basis gründlicher Quellenstudien und in souveräner Kenntnis der bisherigen Forschungsliteratur nicht nur jeweils einen instruktiven Einblick in das Werk der genannten Autoren, sondern auch einen ebenso kenntnisreichen soziologiegeschichtlichen Längsschnitt zur Verknüpfung sozial-, religions- und staatstheoretischer Studien (96–462). Ein Schlusskapitel fasst den Duktus der Arbeit nochmals zusammen und führt die zentralen Thesen zu einer – allerdings noch konkretisierungsfähigen und -bedürftigen – Skizze postsäkularen Religionspolitik und Politikberatung zusammen (463–470). M. Sellmann ist bereits durch zahlreiche zeitdiagnostische Veröffentlichungen im Bereich der Religions- und Kultursoziologie hervorgetreten. Die vorliegende Studie unterstreicht seine Kompetenz auch hinsichtlich theoretischer Reflexionen. Sie verdient es, in den für den Bereich „Religion und Ge-

sellschaft“ relevanten Bezugsdisziplinen rezipiert und diskutiert zu werden. Dabei wäre auch zu erörtern, inwieweit Religionen in weltanschaulich pluralen Gesellschaften nicht in höherem Maß auf gesellschaftliche Integration angewiesen sind, die ihnen vom säkularen Rechtsstaat angeboten und gewährt wird, als dass sie selbst sozialintegrative Wirkungen entfalten können. Dies gilt nicht bloß für die „etablierten“ Kirchen und Konfessionen, sondern auch für neu hinzukommende Religion infolge von Migration und Globalisierung (z. B. Islam). In diesem Kontext wäre auch eine Frage zu erörtern, die Sellmann selbst aufwirft (vgl. 69 f.): Lässt sich statt des Paradigmas „Teil-Ganzes“ nicht aussichtsreicher mit der Heuristik der Unterscheidung „System-Umwelt“ arbeiten, wenn es um die Bestimmung der Religion in ihrem Verhältnis zum Leitsystem und zu den Leitmedien moderner Gesellschaften geht? Auf welcher Ebene ist eigentlich für hochgradig arbeitsteilige, funktional differenziert und global vernetzte Gesellschaften noch ihre „Ganzheit“ zu orten? Und wie kann dann Religion im Gegenüber zu dieser Ganzheit positioniert werden? Da Sellmann selbst über ein elaboriertes Methoden- und Problembewusstsein verfügt, wird er um überzeugende Antworten nicht verlegen sein. Auf weitere Veröffentlichungen zu diesen Themen aus seiner Schreibstube darf man gespannt sein.

Hans-Joachim Höhn

 **Kommentar zu deus caritas est**

*Heinrich Pompey: Zur Neuprofilierung der caritativen Diakonie der Kirche. Die Caritas-Enzyklika „Deus caritas est“. Kommentar und Auswertung, Würzburg: Echter Verlag 2007, 186 S., ISBN 978-3-429-02908-1*

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Buch des emeritierten Caritaswissenschaftlers aus Freiburg ist rundum gelungen und stellt eine Bereicherung unter den diversen Kommentaren zur ersten



Enzyklika Papst Benedikt XVI. „Deus Caritas est“ dar. Vf. verfolgt sein Anliegen in acht überschaubaren und verständlich geschriebenen Kapiteln. Der 1. Teil enthält Vorbemerkungen allgemeiner Art zur Enzyklika, ihrer Absicht und Methode, zum Adressatenkreis und zur inhärenten Pädagogik. Zur letzteren zählen die Verknüpfungen von Glaube und Vernunft, also die Beziehung zwischen Naturrecht und Gnadenrecht, sodann das klassische scholastische Prinzip „agere sequitur esse“, demzufolge jegliche Moral und Ethik dem seinshaften Logos folgt, schließlich die Differenz zwischen „intentio“ und „actio“, oder moderner: zwischen attitudes und behaviour.

Im 2. Teil skizziert Vf. Aufbau und Inhalt der Enzyklika gemäß sein Anliegen selbst gewählten Zweiteilung in einen mehr individuaethischen ersten Teil, der um das Verhältnis von „eros“ und „agape“ kreist und das in der Theologiegeschichte ebenso leidige wie wichtige Thema der reinen, absichtslosen und hingebenden Liebe berührt, und in einen zweiten, mehr soziaethischen Teil, der nun die Caritas als Tun des Staates wie der Kirche begreift. Während dem Staat die Aufgabe einer Sicherung von Grundgerechtigkeit zukommt, obliegt es der Kirche, diese Sicht und dieses Handeln zu überbieten

und zu vollenden auf das Ziel einer umfassenden und jedem Individuum zugewandten Liebe hin.

Der 3. Teil vertieft die Theologie und Anthropologie der kirchlichen Caritas. Glaube an den erlösenden Gott und Hoffnung auf sein Handeln schon in der jetzigen Geschichte werden vollendet durch die tätige Liebe, die den Menschen zum Mitarbeiter am Aufbau des Reiches Gottes macht. Daher bilden Martyria, Liturgia und Diakonia die drei Grundpfeiler des kirchlichen Lebens und Handelns, wie nicht zuletzt immer wieder der 1. Johannesbrief unterstreicht.

Der organisierten Caritas der Kirche in Deutschland gilt der Blick des 4. Teils, selbstkritisch werden auch Gefährdungen einer stark professionalisierten und aufwendig finanzierten Diakonie in den Blick genommen, wie sie etwa auch öfters schon Kardinal Paul-Josef Cordes, Präsident des für die weltweite Caritas zuständigen Päpstlichen Rates „Cor unum“ und ein maßgeblicher Inspirator der Enzyklika, geäußert hat. Andererseits unterstreicht Vf. sehr deutlich und zu Recht die starke sozialpolitische Stellung des Deutschen Caritasverbandes, der eben nicht nur antritt, um Almosen zu verteilen, sondern ebenso sich bemüht um eine Prophylaxe und Vermeidung von armutsgefährdenden oder zum Prekariat führenden Schiefen – Vorbeugung ist besser und menschenwürdiger als Heilen!

Das Verhältnis von freiwilliger und hauptamtlicher Caritas wird im 5. Teil näher beleuchtet, auch hier mit einem Schwerpunkt auf der Professionalität caritativer Tätigkeit in Form diverser Institutionen und Organisationen, wie sie etwa in Deutschland auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband tätig sind, und damit ein Merkmal eines entwickelten und reifen Sozialstaates bilden.

Der 6. Teil widmet sich dem Verhältnis von Kirche und Staat auf dem Feld der Caritas, oder anders: Es geht um die eigentümliche Prägung des kontinentaleuropäischen und speziell des deutschen Wohlfahrtsstaates, der wesentliche Impulse aus der christlichen Soziaethik

empfangt. Nicht zuletzt das Prinzip der Subsidiarität ist es, das der freien und der kirchlichen Wohlfahrtspflege wesentliche Aufgaben im Sozialstaat zuweist. Gemäß augustinischer Geschichtstheologie, die deutlich im Hintergrund der päpstlichen Überlegungen steht, dienen ja beide, Staat und Kirche, auf je eigene, aber unvertretbare Weise dem Ziel, dem Menschen als Ebenbild Gottes gerecht zu werden, bis hin zum Übermaß der Liebe, die letztes Ziel jeder organisierten Caritas sein muss.

Der 7. Teil weist hin auf die ökumenische und interreligiöse Bedeutung der Enzyklika und verschweigt auch nicht Verschattungen im Dialog mit den orthodoxen Ostkirchen, die im Dialog oftmals hinter dem caritativen Handeln eine besonders geschickte Camouflage des Proselytismus wittern.

Das Buch schließt mit einem kurzen 8. Teil des Ausblicks auf zukünftiges gemeindliches und fachverbandliches caritatives Handeln der Kirche, insbesondere aus deutscher Perspektive. In jeder Hinsicht gelingt dem Vf. in verständlicher und plastischer Weise, unaufgeregt und ohne jede Polemik, die Absicht und Grundaussagen der Enzyklika nicht nur nachzubeten, sondern in den Horizont einer anthropozentrischen Theologie zu stellen. Zugleich wird Höhe wie Gefährdung deutscher Caritas deutlich: Letztlich entscheidet sich an der Qualität der Mitarbeiter und Führungskräfte, inwieweit die Umsetzung der hehren Einsichten der Enzyklika auch in Zeiten zunehmender Säkularisierung und Individualisierung gelingen kann. So bleibt die Bange, aber berechnete Frage von Heinrich Pompey am Ende seines Buches als beständige Mahnung: „Kann die Kirche fast 500 000 hauptamtliche Mitarbeiter für eine spezifisch caritative und im Glauben begründete Ausrichtung ihrer Arbeit sensibilisieren? Kann es vielleicht nur freiwilligen Mitarbeitern zugemutet werden?“ (172) An dieser Spannung zu arbeiten und Lösungsmodelle zu entwickeln, wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein.

Peter Schallenberg